

Wer ist Ihr politisches Vorbild?

Das eine politische Vorbild gibt es nicht. Ich habe sehr viel gelernt von Volker Bouffier. In der Phase, in der ich angefangen habe, politisch zu denken, hat mir Helmut Kohl sehr imponiert, vor allem die Zielstrebigkeit, mit der er das europäische Integrationsprojekt vorangetrieben hat.

Sie sind also früh politisch sozialisiert worden?

1989. Mit dem Fall der Mauer. Mit „logo!“ fing es an, der Kindernachrichtensendung mit Peter Hahne.

Da waren Sie elf Jahre alt. Sie waren also nie links?

Nein.

Wo verorten Sie sich und Ihre Partei politisch heute? In der Mitte oder ein bisschen rechts davon?

Die Einteilung hat sich ja sehr verschoben, Kategorien wie „links“ und „rechts“ passen nicht mehr zu den Herausforderungen unserer Zeit. Es hängt daher sehr davon ab, über welches Thema wir sprechen.

Mit Blick auf die CDU fällt uns gerade gar kein Thema ein, bei dem die Partei noch rechts der Mitte stünde.

Wenn Sie es unbedingt danach einteilen wollen: Ordnungspolitisch grundsätzlich schon, auch wenn das vielleicht in der Alltagspolitik mit dem jeweiligen Koalitionspartner nicht immer umzusetzen ist. Auch in der inneren Sicherheit, in der Verteidigungspolitik, mit Blick auf die transatlantische Partnerschaft. Ich nehme das Profil der CDU lösungsorientiert in der Mitte wahr.

Wirtschaftspolitisch steht die CDU aber schon links?

Nein, sie ist die einzige Partei, die konsequent zur Sozialen Marktwirtschaft steht.

Wenn man an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und an seine Vorstellungen von einem lenkenden Staat und starken Konzernen denkt, dann wird er zumindest von der mittelständischen Wirtschaft schon sehr kritisch gesehen.

Die öffentliche Debatte um die Industriepolitik ist interessant. Die einen sagen, das ist zu staatsorientiert, die anderen sagen, das ist gar keine Strategie. In zentralen Industriezweigen verlieren wir aktuell den Anschluss an die Vereinigten Staaten und China. Darauf müssen wir eine politische Antwort entwickeln. Es geht in der Wirtschaftspolitik um Themen, in denen das alte Links-Rechts-Schema nicht weiterführt. Wir müssen zum Beispiel zur Kenntnis nehmen, dass wir bei der Fusionskontrollverordnung ein ungelöstes globales Problem haben. Darauf braucht es Antworten. Ich verstehe Altmaiers Vorschlag als einen ersten Aufschlag in diese Richtung.

Erleben wir in dieser Hinsicht eine Epochenwende?

Definitiv. Der Westen hat 300 Jahre lang bestimmt, wo es langgeht. Kolonialisierung, Globalisierung, weltwirtschaftliche Standards, Völkerrecht, Menschenrechte – alle diese Themen sind westlich geprägt. Jetzt erleben wir sowohl wirtschaftlich als auch demographisch einen massiven Wandel: Wir Europäer schrumpfen, die anderen wachsen. Anfang des 20. Jahrhunderts waren wir 20 Prozent der Weltbevölkerung, heute sind wir noch sieben, 2030 werden wir vier Prozent sein.

Muss man sich aus europäischer Sicht grundsätzliche Sorgen machen um unseren Wohlstand? Dass wir die Herausforderungen für die nächsten zehn, zwanzig Jahre unterschätzen und blauäugig davon ausgehen, dass es so weitergeht?

Ja. Deshalb kämpfe ich auch dafür, im Wahlkampf deutlich zu machen: Wenn wir Europäer nicht zusammenhalten und geschlossen in der Welt auftreten, werden wir keine Chancen haben, unseren Wohlstand und unsere Werte erhalten und unsere Interessen vertreten zu können.

Aber wir stehen ja nicht zusammen, wenn man sich etwa die Position von Viktor Orbán anschaut.

Ja, das stimmt. Da muss meine Parteienfamilie klare Kante zeigen, wenn Orbáns Partei Fidesz die europäischen Werte und Standards nicht einhält. Die zweite Frage ist, wie man damit umgeht. Manfred Weber hat es klar gesagt: Orbán zurück in die Mitte zu holen. Das ist punktuell gelungen, die Kampagne Soros/Junker ist eingestellt worden.

Aber eben nur punktuell.

Persönlich bin ich der Meinung, dass Orbán mit dieser Kampagne spätestens das Maß überschritten hatte. Gleichzeitig muss man bedenken, was passiert, wenn man sich von ihm trennt: Orbán verbündet sich mit der PiS in Polen, mit der Lega Nord in Italien und dem Front National in Frankreich, damit greift er nach einer Blockademehrheit im Europäischen Parlament. Damit hätten wir nichts gewonnen.

Also so weiter?

Nein, es gibt eine Grenze, und die ist erreicht, wenn sich Orbán mit Salvini und anderen verbrüderd. Dann fliegt er raus. Manfred Weber hat es klar gesagt: Wenn sich die Politik von Fidesz nicht ändert, wird er sich mit den Stimmen dieser Partei nicht zum Kommissionspräsidenten wählen lassen. Das unterstütze ich nachdrücklich.

Es gibt mit der Regierungspartei PSD in Rumänien auf sozialdemokratischer Seite einen vergleichbaren Fall, über den man nichts hört.

Ich spreche ihn in jeder Rede an. Die sozial-liberale Regierung von Rumänien hat im Grunde den Rechtsstaat abgeschafft und die Korruption bagatellisiert. Darauf müssen wir Antworten geben: So-



Im Gespräch: Sven Simon, Kandidat der CDU Hessen für die Europawahl

„Mit Peter Hahne fing es an“

Er war nie links und brennt für das Projekt Europa. Sven Simon sieht die EU vor existentiellen Herausforderungen und das Europaparlament vor seiner wichtigsten Wahlperiode.



Fotos Frank Rötth

lange das Artikel-7-Verfahren der EU nicht funktionieren, weil wir ein Land nicht sanktionieren können, solange nicht Einstimmigkeit mit Ausnahme des betroffenen Landes herrscht, müssen wir im Europäischen Parlament im Haushalt für finanzielle Konsequenzen sorgen.

Wenn Sie sagen, dass die Europäische Union häufiger mit einer Stimme sprechen soll, läuft es auf eine Stärkung des Mehrheitsprinzips hinaus. Auf welchen Gebieten würden Sie das fordern?

Wir haben das Einstimmigkeitsprinzip in der Außenpolitik, in Teilen auch in der Verteidigungspolitik und bei den Steuern. Wir brauchen mehr Handlungsfähigkeit auf den Themenfeldern Klimaschutz, internationaler Handel, Investitionsschutz, Verteidigung, Innovation, digitaler Binnenmarkt und bei der Bekämpfung von Steuermeidungsstrategien.

Das sagt der Deutsche, weil es seinen Interessen entspricht. Die Franzosen fordern mehr Gemeinsamkeit auch für die Finanzpolitik, was hierzulande nicht gut ankommt.

Die Frage wird derzeit noch falsch thematisiert. Eine reine Umverteilung von Norden nach Süden – Eurobonds, Transferrunion, gemeinsame Arbeitslosenversicherung – halte ich weder für sozial noch für demokratisch. Nur mit Strukturformen wird der Süden mehr Wettbewerbsfähigkeit erlangen und gestärkt aus der Krise hervorgehen. Es gibt ja Vorbilder: Portugal, Irland und die baltischen Staaten. Es ist nicht demokratisch, wenn die einen dauerhaft auf Kosten der anderen leben.

Also keine Zugeständnisse?

Auch der EVP und der CDU geht es um Solidarität und damit durchaus auch um Geld. Aber für konkrete Investitionen und Strukturmaßnahmen. Wir wollen die Arbeitslosigkeit im Süden nicht finanzieren, sondern sie erfolgreich bekämpfen. Wir müssen den Binnenmarkt besser nutzen, um zum Beispiel in Griechenland mit seinen vielen Sonnenstunden mehr in erneuerbare Energien und CO₂-neutrale synthetische Kraftstoffe investieren zu können. Wenn wir allerdings die deutschen Alleingänge weiterbetreiben, dann motiviert das die anderen nicht besonders. Denken Sie an die Grünen, die in Sonntagsreden den Multilateralismus propagieren, unter der Woche bei der Energiepolitik, in der Flüchtlingspolitik und bei Rüstungskontrollen die deutsche Sichtweise für kompromisslos halten.

Würden Sie sagen, dass im Europäischen Parlament die wichtigeren Themen als im Bundestag verhandelt werden?

Nein, es gibt auch sehr wichtige Themen, die auf nationaler Ebene behandelt werden. Das ganze Sozialsystem, die Renten, die Gesundheitspolitik sind noch national verfasst, auch der Bildungssektor.

Welches Interesse spüren Sie an den Kandidaten für die Europawahl? Liegt man nicht immer noch deutlich hinter Bundestags- und Landtagsabgeordneten, was die Bekanntheit betrifft?

Ja, Bundestags- und Landtagswahlen generieren eine höhere Aufmerksamkeit. Das liegt auch an der geringeren Zahl an

pa nominieren, die es auf Bundes- oder Landesebene nicht geschafft haben. Täuscht der Eindruck, dass bei dieser Wahl ein Qualitätssprung nach oben passiert, man denke an die Kandidaturen von Katarina Barley und Nicola Beer?

Nein, das ist so. Ich glaube, das ist Ausdruck einer gestiegenen Wertschätzung innerhalb der Politik. Viele haben erkannt, dass es fundamental darum geht, das Friedensprojekt EU grundsätzlich am Leben zu erhalten. In anderen Ländern war das schon immer so. Es gibt sehr viele Europaabgeordnete, die vorher Regierungsämter hatten.

Wie sind Sie eigentlich Spitzenkandidat der Hessen-CDU für die Europawahl geworden?

Volker Bouffier hat mich angerufen und mir gesagt, dass er der Partei einen Generationenwechsel vorschlagen möchte. Und er hat gefragt, ob ich bereit sei, auf einem aussichtsreichen Listenplatz zu kandidieren.

Wann war das?

Das war Ende 2018.

Haben Sie da länger nachgedacht?

Ich habe sofort „Ja“ gesagt. Die Wahrheit ist aber auch, dass ich in den Tagen, bis das in der Partei öffentlich wurde, noch einmal sehr intensiv über den Schritt nachgedacht habe. Die Freiheit in der Wissenschaft zum Teil aufzugeben – ich bleibe Juraprofessor mit reduzierter Lehrverpflichtung – ist natürlich ambivalent für mich. Aber dann hat sich die Zusage verfestigt. Ich brenne für das Projekt Europa, und gerade wird versucht, das europäische Haus anzuzünden. Da kann und will ich nicht tatenlos zuschauen.

Es ist aber immer noch so, dass in der hessischen CDU einer die Entscheidung trifft, und die anderen folgen dann?

Es gab ein parteiinternes Verfahren. Ich habe mich im Elferausschuss der Partei vorgestellt, und wenn diese Runde schlechter verlaufen wäre, hätte es auch anders ausgehen können. Anschließend wurde ich von einem Parteitag in geheimer Wahl zum Spitzenkandidaten der CDU Hessen gewählt.

Dabei hatte der bisherige Spitzenkandidat Thomas Mann trotz seines Alters von 73 Jahren ja zunächst noch nicht auf eine weitere Kandidatur verzichtet. Die Sache war also nicht unproblematisch.

Ja, das stimmt. Aber ich arbeite mit Thomas Mann in der Europa-Union seit fast zwanzig Jahren eng zusammen und habe ihn in seinen vielen Wahlkämpfen immer begleitet. Darum standen wir auch in dieser Phase der Entscheidungsfindung in einem engen Austausch. Nach 25 Jahren fällt es natürlich schwer, aufzuhören. Vielleicht fiel es ihm am Schluss dadurch etwas leichter, dass ich seine Nachfolge anstrebe, weil wir gut zusammengearbeitet haben.

Wir alle wünschen uns immer, dass Leute in die Politik gehen, die vorher in einem anderen Beruf erfolgreich waren. Andererseits ist Ihr Wechsel besonders einschneidend. Sie kommen als Lehrstuhlinhaber aus einem sehr selbstbestimmten Beruf in eine Maschinerie, in der Sie jedenfalls erst einmal ein kleines Rad drehen und in der Öffentlichkeit relativ wenig gehört werden.

Ich bin seit 13 Jahren kommunalpolitisch engagiert und habe mir selbst zwei Bedingungen gestellt: Ich will nicht nur materiell, sondern auch tatsächlich unabhängig sein, und ich muss die Möglichkeit haben, in meinen Beruf zurückzukehren. Und das ist ja ein besonderes Privileg, das beamtete Wissenschaftler in Deutschland genießen. Außerdem möchte ich gelegentlich auch eine Position vertreten dürfen, die in der Öffentlichkeit oder in der Partei mal nicht so gut ankommt, wenn ich davon überzeugt bin.

Die Europaabgeordneten scheinen etwas freier agieren zu können als die Berliner Kollegen.

Die Fraktionsdisziplin ist nicht so ausgeprägt wie etwa im Bundestag. Das liegt zum einen daran, dass es im Europäischen Parlament nur einmal eine „Regierungsmehrheit“ geben muss, nämlich zur Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission. Danach können sich je nach Thema immer wieder wechselnde Mehrheiten finden. Hinzu kommt das System des Berichterstatters. Es macht die einzelnen Parlamentarier stark. Ein für ein bestimmtes Thema zuständiger Abgeordneter hat die Möglichkeit, den Text von Richtlinien oder Verordnungen, die aus der Kommission kommen, persönlich zu verändern. Diese Berichterstatter sind nach meiner Wahrnehmung einflussreicher als die Berichterstatter in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages.

Welchen Ausschuss streben Sie an?

Ich weiß jetzt nicht, ob es so klug ist, vor der Wahl schon Ansprüche anzumelden. Als Neuer werde ich mich erst einmal hinten anstellen. Drei Ausschüsse interessieren mich allerdings besonders: der konstitutionelle Ausschuss, internationaler Handel, Wirtschaft und Währung.

Und was passiert im konstitutionellen Ausschuss?

Man beschäftigt sich mit Vertragsänderungen und grundlegenden, strukturellen Reformen.

Zum Beispiel mit dem Brexit?

Genau.

Manche Politiker glauben gar nicht mehr daran. Sie auch nicht?

Die Stimmung in Großbritannien ist kaum anders als vor drei Jahren. Leider.

Wird die nächste Wahlperiode die wichtigste in der Geschichte der Europäischen Union sein?

Ja, definitiv. Es geht um die Frage, ob antieuropäische Parteien eine Blockademehrheit bekommen. Und es geht darum, ob wir auf der Welt noch irgendeine Rolle spielen werden, um unsere Werte zu vertreten und unseren Wohlstand langfristig zu erhalten.

Fürchten Sie, dass es keine Gestaltungsmehrheit im Parlament geben wird?

Ich bin optimistisch, dass EVP, Sozialisten und Liberale am Ende eine Gestaltungsmehrheit erlangen werden. Aber spätestens seit dem Referendum über den Brexit und den US-Wahlen sollten wir gelernt haben, dass man sich auf keinen Fall in falscher Sicherheit wiegen darf.

Würde eine solche Mehrheit nicht ein weiteres Abbröckeln an den Rändern bedeuten? Viele Wähler haben jetzt schon das Gefühl, dass die Mehrheitsfraktionen alle ohnehin nur dasselbe erzählen.

Auch neben der Frage, ob man für oder gegen Europa ist, sind die politischen Kontroversen noch nie so groß gewesen wie heute. Es geht um sehr deutliche Unterschiede etwa bei der Euro-Rettung, der Sozialunion, der Kriminalitätsbekämpfung, dem Datenschutz und der dogmatischen Blockadehaltung der Grünen bei Handelsabkommen und Investitionsschutz. Zum Beispiel ist der Klimaschutz eines der wichtigsten Themen der nächsten fünf Jahre. Aber ein Vorbild in der Welt werden wir nur sein, wenn wir unsere Industrie nicht ruinieren und im großen Stil Arbeitsplätze vernichten. Demokratische Legitimation funktioniert auf supranationaler Ebene anders als etwa in Berlin. In Brüssel fehlt ein wesentliches Element, warum die meisten Menschen das Demokratieprinzip akzeptieren: Sie wollen eine Regierung auch mal abwählen können.

Sind Sie für die Direktwahl des Kommissionspräsidenten?

Ja, darüber sollte man nachdenken. Und auch über die Frage, ob er dann nicht nach seinem Dafürhalten eine Regierung zusammenstellt, die mit ihm oder ihr auch abgewählt werden kann.

Der gegenwärtige Amtsinhaber Jean-Claude Juncker wirkt ja wie ein ironischer, aufgeklärter Monarch.

Ich zähle zu seinen Fans, weil er ein uneingeschränkt überzeugter Europäer ist. Er wollte die Kommission politischer machen und hatte auch eine Agenda dafür. Dann kam ihm die Flüchtlingskrise dazwischen. Die hat in Europa etwas ausgelöst, was wir noch lange nicht verarbeitet haben. Das hat ihn in seinen Gestaltungsmöglichkeiten sehr geschwächt.

Die Flüchtlingskrise, für die ja Deutschland und namentlich Frau Merkel Verantwortung tragen, hat das europäische Projekt zurückgeworfen?

Sie hat den europäischen Zusammenhalt bis ins Mark getroffen. Die Ungarn etwa weisen darauf hin, dass wir uns in Europa auf asylrechtliche Regelungen und die Genfer Konventionen geeinigt haben. Wenn jedoch in Deutschland die Verfahren nach zwei Jahren durchlaufen sind, merken wir, dass die wenigsten anspruchsberechtigt waren. Andere Staaten halten uns das dann vor. Solange die Sozialstandards so unterschiedlich sind, wollen die meisten Flüchtlinge nach Deutschland. Daher rührt der Satz, dass es ein deutsches Problem sei.

Was folgt daraus?

Ob jemand als Kriegsflüchtling oder politisch Verfolgter anspruchsberechtigt ist, muss geprüft werden, bevor er einreist. Wir dürfen diese Frage nicht den kriminellen Schlepperbanden überlassen.

Zurück zur Verfasstheit der EU. Verfolgen Sie das Ziel eines europäischen Bundesstaates?

Wir sind zurzeit nicht in der Lage, über eine so gravierende verfassungsrechtliche Frage einen Diskurs zu führen. Das schreckt zu viele Menschen ab. Wenn es um die Handlungsfähigkeit Europas geht, brauchen wir regierungähnliche Strukturen in fünf, sechs Politikbereichen mit klaren Durchgriffskompetenzen, um in der Welt überhaupt noch mit einer Stimme wahrgenommen zu werden. Abstrakte Zielvorstellungen werden uns nicht weiterhelfen, sondern nur die konkrete Handlungsfähigkeit.

Muss es vor diesem Hintergrund nicht besonders beunruhigen, dass das deutsch-französische Verhältnis gestört ist?

Ja, das ist beunruhigend, und das muss auch besser werden. Aber die Methode, mit der Macron es versucht hat, war natürlich nicht die europäische, multilaterale Methode.

Aber die Antwort Ihrer Parteichefin Kramp-Karrenbauer auf den Vorstoß des französischen Staatspräsidenten war auch nicht die Methode, die die Sache voranbringt. Oder fanden Sie den Vorschlag, Straßburg als Sitz des Europäischen Parlaments abzuschaffen, gut?

Ich gebe mir stets Mühe, Äußerungen innerhalb und außerhalb der eigenen Partei nachzuvollziehen. Nicht immer gelingt mir das. An dieser Stelle ist es vermutlich so gemeint gewesen, dass Herr Macron nicht jeden Tag mit einer neuen Idee in die Öffentlichkeit gehen kann, ohne dass man vorher vertraulich darüber spricht und auch die kleinen Mitgliedstaaten einbezieht. Das hat Helmut Kohl vorgemacht. Hätte Angela Merkel als Bundeskanzlerin auf Macron geantwortet, hätten die kleineren Staaten sich zu Recht übergangen gefühlt.

Die Tatsache, dass ausgerechnet eine Saarländerin den Standort Straßburg in Frage stellt, muss doch irritieren, oder?

Ja.

Die Fragen stellten Matthias Alexander und Ewald Hettrödt.